

Schneider fordert Reform der Sozialbranche

EKD-Ratsvorsitzender: Bei Dumpingpreisen haben es ethische Gesichtspunkte schwer

Bad Neuenahr (epd). *Nach den Berichten über Leiharbeit in diakonischen Einrichtungen fordert der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, Reformen auf dem Sozialmarkt. Nötig sei eine kritische Sicht auf Preis und Wettbewerb, sagte Schneider am 14. Januar in Bad Neuenahr.*

Die großen Wohlfahrtsverbände gerieten vermehrt unter Druck, »weil sich alle möglichen Anbieter auf dem Sozialmarkt bewegen«, die ihre Leistungen zu Dumpingpreisen anböten. Angesichts dieser Entwicklung sei es »schwer, mit ethischen Gesichtspunkten eine gewisse Marktmacht zu entfalten«, sagte der frühere Vorsitzende des Diakonischen Rates der EKD.

Ausgliederung geschieht »nicht, um sich die Taschen vollzumachen«

Schneider räumte ein, dass diakonische Unternehmen teilweise Beschäftigte ausgliedern, um Kosten zu senken. Dies geschehe aber »aus nackter Not und nicht, um sich die Taschen vollzumachen«. Zum besonders kritisierten Fall der Altenhilfe-Einrichtung Lilienthal in Niedersachsen wollte sich der EKD-Ratsvorsitzende nicht äußern, weil er die Details nicht kenne.

Die Diakonie hatte am 12. Januar bestätigt, dass es Leiharbeitsverhältnisse in diakonischen Einrichtungen gibt. Zeitarbeiter würden für Arbeitsspitzen und zur Aushilfe beschäftigt. Dies sei aber in der Regel nicht zu beanstanden.

Nach einem Bericht des »Stern« drücken Einrichtungen der Diakonie die Löhne Zehntausender Beschäftigter. Sie würden über eigene Zeitarbeitsfirmen zu niedrigeren als den in der Diakonie üblichen Löhnen angestellt. Außerdem gründen dem Bericht des Hamburger Magazins zufolge evangelische Sozialunternehmen neue GmbHs, bei denen gekündigte Diakonie-Mitarbeiter zu schlechteren Konditionen wieder eingestellt würden, um die gleiche Arbeit zu verrich-

ten wie zuvor. In diesen Diakonie-GmbHs gälten keine Tarifverträge. Nach Angaben von Mitarbeitervertretern seien in Einrichtungen in Hessen, Niedersachsen und Bremen Löhne auf diesem Weg um bis zu 20 Prozent gedrückt worden.

Der Vizepräsident des Diakonie-Bundesverbandes, Wolfgang Teske, teilte dazu dem epd mit, dass diese Mitarbeiter »in der Regel nach den Gewerbetarifverträgen bezahlt werden. Diese Tarifverträge liegen häufig im Niveau unter den in der Diakonie üblichen Löhnen.«

Die Diakonie prüft laut Teske im »besonderen Fall« der Altenhilfe-Einrichtung Lilienthal, ob das Unternehmen »aus der Diakonie ausgeschlossen werden muss«. Zugleich betonte Teske: »Vergleichbare andere Einrichtungen in der Diakonie gibt es nicht.«

Die Diakonie Lilienthal spart laut »Stern« vor allem beim ausgebildeten Pflegepersonal. Während eine examinierte Altenpflegerin nach zwei Jahren Berufserfahrung bei der Diakonie 14,28 Euro in der Stunde verdiene, erhalte sie als Angestellte in einer Leiharbeitsfirma nur 10,16 Euro. Das bedeute für die Pflegekraft monatlich ein Minus von 640 Euro. Als Grund für ihr Vorgehen gäben Geschäftsführer an, dass private Anbieter die Preise für Pflegeplätze so weit nach unten drückten, dass diakonische Einrichtungen mit Niedriglöhnen dagegen halten müssten.

Über das Ausmaß der Leiharbeit und des Outsourcing gibt es widersprüchliche Angaben. Nach Angaben der Mitarbeitervertretung arbeiten 75.000 Menschen bei der Diakonie in ausgelagerten Betriebsteilen für Niedriglöhne. Diakonievorstand Teske sagt: »Belastbare Zahlen über ausgegliederte Arbeitsplätze oder Leiharbeitnehmer in der Diakonie sind nicht vorhanden.«

Bundesweit arbeiten in den Einrichtungen der evangelischen Wohlfahrtspflege rund 435.000 Festangestellte. Damit ist die Diakonie einer der größten Arbeitgeber in Deutschland.

lwd/bm/mj

Maserati-Affäre

Treberhilfe verliert Status der Gemeinnützigkeit

Berlin (epd). Die durch die Maserati-Affäre in die Schlagzeilen geratene Berliner Treberhilfe verliert den Status der Gemeinnützigkeit. Darüber sei das Sozialunternehmen von der Steuerverwaltung informiert worden, hieß es aus Behördenkreisen. Nach Informationen der Tageszeitung »Berliner Morgenpost« will die Treberhilfe gegen die Entscheidung vorgehen.

Eine Sprecherin der Senatsfinanzverwaltung wollte die Entscheidung über den Status der Treberhilfe weder bestätigen noch dementieren. Auch das Sozialunternehmen äußerte sich bisher nicht.

Der Entzug des Titels hat zur Folge, dass die Treberhilfe nicht mehr ganz oder teilweise von Steuerzahlungen befreit ist. Zudem werden auf die Treberhilfe, die im vergangenen Jahr angeblich vor der Insolvenz stand, möglicherweise Steuernachzahlungen zukommen.

Die Treberhilfe war im Frühjahr 2010 durch überhöhte Gehaltszahlungen an ihren Geschäftsführer Harald Ehlerl und wegen dessen Maserati-Dienstwagen in die Kritik geraten. Das Unternehmen hatte in den vergangenen Jahren vom Senat rund 700.000 Euro Zuwendungen jährlich erhalten.

Die meisten Projekte der Treberhilfe in der Obdachlosenbetreuung und der Straßensozialarbeit werden allerdings über Zuschüsse der Bezirke der Bundeshauptstadt finanziert.

lob